



«Verzwickte Stromzukunft»

Referat von Ständerat Rolf Schweiger anlässlich der Jahresversammlung
des Nuklearforums Schweiz vom 28. Juni 2007 in Bern

Ich beginne mit wahren Gegebenheiten:

1. Eine Nationalrätin, zu ihrer Meinung über die Endlagerung von hoch radioaktivem Abfall befragt, sagt, man müsse sich nur vorstellen, was geschehen könnte, wenn in einigen tausend Jahren Archäologen bei Grabungen zufällig auf Atom-Abfall stossen.
2. Von mir auf die Stromlücke angesprochen, antwortet mir ein Bürger, man müsse endlich mit dem Energiesparen Ernst machen, also Minergiehäuser bauen und Sparlampen verwenden.
3. Ein Nationalrat behauptet, dass in Deutschland in einem Jahr Windkraftwerke mit einer Leistung gebaut werden, die grösser als diejenige mehrerer Kernkraftwerke sei.
4. Man sagt mir, dass es unverantwortlich sei, neue Kernkraftwerke in Betrieb zu nehmen, bevor ein Endlager fertig gebaut sei.
5. Ein Bewohner aus dem Berggebiet sagt zu mir, es sei nun an der Zeit, endlich mit der Wasserkraft vorwärts zu machen. Tue man dies, sei die Kernkraftfrage endgültig vom Tisch.
6. Ein nicht unbekannter Energiepolitiker schreibt, die Kernenergie trage nur etwa zu 10 % zur gesamten, in der Schweiz verbrauchten Energie bei.

Wie habe ich – ganz summarisch – auf solche Aussagen reagiert?

- Endlager für hoch radioaktiven Abfall befinden sich Hunderte von Metern von der Erdoberfläche entfernt und müssen – wegen der notwendigen Abkühlung – erst in 30 bis 40 Jahren tatsächlich zur Verfügung stehen. Heute wichtig ist, dass deren Erstellung auch wirklich möglich ist, ein Nachweis hierfür also erbracht werden kann.
- Installierte Leistung ist etwas völlig anderes als erbrachte. Dies gilt für Wind- und Kernenergie gleich etwa wie beim Tennis. Deshalb pflege ich, wenn es um die Begriffe installierte und erbrachte Leistung geht ein eher humoristisches Beispiel

anzuführen. Von unserer natürlichen Grundausstattung her – und unter Einbezug unseres unterschiedlichen Alters und Bauchumfanges – hat Roger Federer etwa die doppelte Tennis-Leistung von Rolf Schweizer installiert. Bei der erbrachten Leistung aber bringt Federer im Tennis sicher 100 bis 1'000 mal mehr als Schweizer. Federer hat also etwa zwei Tennis-Schweizer installiert; wenn er dann aber spielt, erbringt er sicher 100 bis 1'000 Schweizer-Effizienzeinheiten.

- Es trifft zu, dass zum Gesamtenergieverbrauch die Kernenergie nur etwa 10 % beiträgt. Dort aber, wo Kernkraft wirklich aktuell ist – nämlich beim Strom – macht im Winter der Anteil der Kernkraft 50 % aus.
- Energiesparen ist richtig und notwendig. Man muss aber auch die zahlenmässigen und zeitlichen Dimensionen sehen. Im FACTS ist – basierend auf den Angaben von Umweltverbänden – geschrieben worden, wenn man nur noch Sparlampen verwende, spare man damit den Strom von 70'000 Haushalten, eine beeindruckende Zahl. In der Schweiz aber gibt es 3,5 Mio. Haushalte. 70'000 hiervon sind 2 %. Am gesamten Stromverbrauch machen die Haushalte rund 30 % aus, sodass die Sparlampen – richtig gerechnet – nur eine Reduktion von 0,6 % des Stromverbrauches ausmachen. Dies ist etwa ein Drittel des bisherigen jährlichen Mehr-Stromverbrauches
- Zu den Minergiehäusern: Ich erwähnte, dass Minergiehäuser auf den Stromverbrauch einen geringen Einfluss haben. Zudem müsse man die zeitlichen Gegebenheiten sehen. Pro Jahr werden in der Schweiz rund 40'000 neue Wohnungen gebaut und etwa 3'000 Wohnungen abgerissen. Selbst wenn alle neuen Häuser als Minergiehäuser gebaut werden, betrifft deren Energieeinsparung aber nur die Zukunft. Hinsichtlich der Vergangenheit sieht es so aus, dass jährlich ebenfalls rund 40'000 Wohnungen saniert werden. In der Schweiz aber gibt es 3,5 Mio. Wohnungen. Wenn im gleichen Tempo wie bisher saniert wird, dauert es über 80 Jahre, bis wir nur noch energetisch tiptoppe Wohnungen haben.

Warum habe ich ihnen – die sie ja alle Fachleute sind – diese verschiedenen Beispiele erwähnt? Es sind ja alles Beispiele, die sie als Trivialitäten empfinden. Dies trifft zu, für uns Energiepolitiker aber sind sie politischer Alltag. Es sind vor allem zwei Probleme, mit denen wir Politiker konfrontiert werden, nämlich:

1. dem grossen Defizit eines Grossteils der Bürgerinnen und Bürger beim Beurteilen von Energiefragen und dabei insbesondere ihre zum Teil völlig unrealistischen Vorstellungen über das, was wirklich ist; und

2. der Tendenz von linken und grünen Politikern, diese Unkenntnis auszunützen, um so Unsicherheit zu schaffen bzw. aufrecht zu erhalten.

Weil dem so ist, habe ich meinem heutigen Referat den Titel „Verzwickte Stromzukunft“ gegeben. Verzwick ist nicht die Elektrizität – somit also der Strom – als solcher, verzwick ist die Politik, die sich mit dem Strom befasst. So habe ich mich denn auch dem Thema Strompolitik nicht als Fachmann angenähert, dies schlicht deshalb, weil ich ein solcher nicht oder aber nur sehr beschränkt bin. Meine Position ist diejenige des Politikers. Meine Aufgabe ist es, das was ich als fachlich, technisch und politisch richtig ansehe, in die Sprache der Politik umzusetzen. Ob ich dazu geeignet bin, kann ich selbst nur schwer beurteilen. Das einzige, was ich diesbezüglich in aller möglichen Bescheidenheit meine, ist, dass mir hierfür eine gewisse Bodenhaftung eigen ist. Der breite Fächer und die Art, wie ich politisiere, geben mir Einblicke in eine Fülle von Meinungen, Ideologien und Befindlichkeiten. Ich gelte nicht als elitär, dem es nur unter seinesgleichen wohl ist. Ich bin kein Einthemenpolitiker und – nun kommt ein schwieriger, so aber gewollter Schlangensatz – ich glaube, dass man mir glaubt, dass ich an das, was ich sage, auch tatsächlich selbst glaube. Man attestiert mir wohl auch – und dies gerade im Bereiche der Energiepolitik – Unabhängigkeit, erinnern sich doch viele daran, dass trotz meiner energiepolitischen Positionierung die Überlandwerke an mir nicht nur immer Freude gehabt haben. (Die nationale Netzgesellschaft lässt grüssen.)

Warum nun aber ist die Strompolitik „verzwickt“. Die Antwort ist eine an sich ganz einfache. Die Elektrizität ist nicht ein Wirtschaftsgut wie manches andere. Es sind nicht nur wirtschaftliche Überlegungen, Grundsätze und Prinzipien, welche deren Produktion und Handel bestimmen – Nein: der grosse Unterschied besteht darin, dass eine Vielzahl von Entscheidungen, welche direkt oder indirekt den Strombereich betreffen, auf der politischen Bühne gefällt werden, sei dies beim Bund, bei den Kantonen oder bei den Gemeinden. Alle diese Entscheidungen aber sind politische, somit beeinflusst und bestimmt durch eine Vielzahl unendlicher – einander oft entgegenstehender – Interessen. Strompolitik ist angesiedelt irgendwo zwischen Wissen, Glauben und Hoffen; sie ist beeinflusst durch Ideologien, Rationalität und Emotionen; sie ist in ihrem Einfluss begrenzt durch die Dualität ihrer hauptsächlichsten Player, nämlich des Staates auf der einen und der Wirtschaft auf der andern Seite. Motor dafür, dass und wie in diesen Spannungsfeldern Entscheide getroffen werden, sind die Politik und damit die in der Politik Handelnden, also wir Politiker. Mit welchen Problemen wir dabei konfrontiert werden, ist Gegenstand meiner weiteren Ausführungen. Es sei der Versuch gemacht, diese thematisch etwas zu strukturieren:

1. Die Strom-Versorgungslücke

1.1 Die Fakten an sich sind klar. Ab 2020 beginnt die Zeit, da die Kernkraftwerke abgestellt werden müssen und die Stromverträge mit Frankreich auslaufen. Die Kernkraftwerke beginnen somit – wenn kein Gegensteuer gegeben wird – zu verschwinden. Verschwinden würde so rund 50 % desjenigen Stroms, der heute im Winter unseren Bedarf deckt.

1.2 Ein Teil der Kernkraftgegner meinen, hierfür könne in der Schweiz selbst Ersatz geschaffen werden. Darauf komme ich später zurück.

1.3 Ein anderer Teil meint, ein Ersatz der Kernkraft in der Schweiz sei nicht nötig, da angesichts unserer wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten ein Import des fehlenden Stroms jederzeit möglich sei. Wer so spricht, geht von der wirtschaftstheoretisch an sich richtigen Annahme aus, dass jede Nachfrage – so man die geforderte Gegenleistung zu erbringen in der Lage ist – befriedigt werden kann. Wer so argumentiert, setzt aber voraus, dass Strom ein Wirtschaftsgut wie jedes andere ist.

1.4 Nach meiner Beurteilung ist dies nicht so. Grund hierfür ist die Notwendigkeit, Strom auf Netzen zuführen zu müssen. Eine gesicherte Stromversorgung wäre deshalb dann und nur dann gewährleistet, wenn die Stromzufuhr jederzeit tatsächlich möglich und garantiert wäre. Dem aber ist nicht so. Bis anhin waren Zuleitungen wegen der Strom-Verträge privilegiert. Der Vertragsstrom hatte somit Vortritt. Neu verbietet das EU-Recht solche Privilegierungen. Ist also ein Netz ausgelastet, haben wir zu warten. Dass dieses Wartenmüssen durch nationale Anliegen beeinflusst werden kann, ist angesichts der Verknüpfung zwischen Nationen und Netzen sehr wohl vorstellbar, ja sogar evident. Es braucht wenig Fantasie, sich vorzustellen, dass dann, wenn für Paris, Lyon, Mailand, Berlin oder München die Gefahr eines Blackouts besteht, die dortigen Instanzen schon das Nötige vorkehren, die Netze zuerst für ihre Städte und erst dann für die Schweiz zur Verfügung zu halten. Gleiches gilt für die Lieferung des Stroms als solchem. Verträge hin oder her – wenn Engpässe in einem Land drohen, denkt und handelt jeder zuerst für seine eigenen Interessen und braucht den im eigenen Land produzierten Strom für sich selbst.

1.5 Als Zuger bin ich kaum verdächtig, der Internationalität kritisch gegenüberzustehen – im Gegenteil. Im Bereich der Stromversorgung aber ist – die Gefahren einer Abhängigkeit zum Ausland richtig kalkulierend – eine gewisse nationale Versorgung schlicht notwendig. Eine einzige Stunde Stromausfall kann unsere Volkswirtschaft Millionen kosten. Deshalb – ein sich Verlassen nur auf Importe wäre mit Verantwortungsbewusstsein nicht vereinbar.

2. Wasserkraft

2.1 Laien sehen bei ihren Spaziergängen die Wassermassen, welche sich in unseren Bächen und Flüssen bewegen. Ihre Reaktion hierauf: Deren Verwendung zur Stromerzeugung muss viel intensiver als heute erfolgen. Dass der Wasseranfall im Winter sehr viel kleiner als im Sommer ist, sieht man kaum, pflegt man doch, Spaziergänge eher in den Sommertagen zu machen. Und es sind dann die gleichen Laien, welche auf der einen Seite ein Mehr an Stauanlagen fordern, auf der andern Seite aber höhere Restwassermengen und möglichst keine neuen Staumauern als richtig erachten. Diese Inkonsequenz menschlichen Denkens ist auch etwas, mit dem wir Politiker tagtäglich konfrontiert sind.

2.2 Wenn die Fischer-Initiative angenommen wird und die Restwasserbestimmungen nicht abgeändert, ja sogar rigoros durchgeführt werden, steht dem möglichen Mehr an der Nutzung der Wasserkraft ein entsprechendes Minus gegenüber. Selbst dann, wenn dem nicht so sein sollte, kann die Zunahme der Stromerzeugung aus Wasserkraft kaum mehr als 10 % des gesamten Strombedarfes ausmachen.

3. Kraft aus Windenergie

Das Potential der Schweiz ist vorab aus Landschaftsschutzgründen klein. Für die Zuleitung ausländischer Windenergie fehlt selbst dann, wenn deren Produktion im Ausland überhaupt möglich sein sollte und von der Schweiz finanziert wird, wegen der Netzproblematik die Sicherheit der Zuleitung.

4. Geothermie

Ein namhafter Beitrag aus geothermischen Kraftwerken ist durchaus möglich, aber immer noch – und vielleicht sogar mehr als früher – mit sehr, sehr vielen Zweifeln hinsichtlich Machbarkeit behaftet. Entscheide für die Kernkraft aber müssen in den nächsten Jahren gefällt werden. Ein Zuwarten bis zu einem ungewissen Zeitpunkt, da über die Geothermie definitiv Klarheit besteht, ist nicht zu verantworten.

5. Gas-Kombikraftwerke

Technisch ist das Füllen der Versorgungslücke mit Strom aus Gas-Kombikraftwerken möglich, politisch aber sehr problematisch. Meine Meinung ist es, dass unsere Bürgerinnen und Bürger es sein müssen, welche zu entscheiden haben, ob Gas- oder Kernenergie die Zukunft der Schweizerischen Energieversorgung zu sein hat.

6. Neue erneuerbare Energie

Es gibt berufeneren Personen als ich, welche das Zukunfts-Potential der neuen erneuerbaren Energien abschätzen können. Als Berufener beurteile ich beispielsweise das UVEK, wahrlich kein Feind erneuerbarer Energien. Selbst das UVEK aber erachtet eine Füllung der Stromlücke mit erneuerbaren Energien als utopisch. Zu bedenken ist auch, dass es klimapolitisch besser sein könnte, Energie aus Biomasse in die Gasnetze einzuspeisen, wo dies aufgrund der topographischen Möglichkeiten möglich ist. Überlegenswert ist im Einzelfall auch, ob bei beschränkten Geldmitteln für Sanierungen das zur Verfügung stehende Geld eher für Sonnenkollektoren als für Fotovoltaik zu verwenden ist. Wenn ich das so sage, verkenne ich die Bedeutung der neuen erneuerbaren Energien für die Zukunft in keiner Weise. Bei allem Wohlwollen aber dürfen die Realitäten nicht aus den Augen verloren werden.

All das, was ich bisher gesagt habe, muss transportiert werden; transportiert von der Politik zu den Bürgerinnen und Bürgern. Dabei sind viele Klippen zu umschiffen: Die begrenzte Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung, die noch anderes zu tun hat, als sich mit der Energieproblematik zu befassen; das Sperrfeuer der politischen Gegner, vor allem aber die Komplexität der Materie. Erfolgreich kann beim Umschiffen dieser Klippen und damit beim Herausfinden aus der verzwickten Energieproblematik nur sein, wer

- a) glaubwürdig ist
- b) komplexe Sachverhalte in einfachen Bildern erklären kann und
- c) die grösseren Zusammenhänge zwischen Energieversorgung, wirtschaftlichen Auswirkungen und der damit verbundenen sozialen Ausgewogenheit plastisch und verständlich aufzuzeigen vermag.

Dabei kommt uns in der Schweiz etwas zugute, um die uns viele andere beneiden – die simple Tatsache nämlich, dass über ein Ja oder Nein zur Kernkraft nur und ausschliesslich **jemand** entscheiden kann, nämlich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Die Politik reisst sich nämlich erst dann zusammen und geht den Dingen erst dann auf den Grund, wenn sie vor dem Verdikt des Volkes steht. Die mediale Welt – nur zu oft einseitig – erinnert sich erst dann einer gewissen Verpflichtung zu Objektivität und Ausgewogenheit, wenn sie merkt, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht nur Platituden, sondern Zusammenhänge lesen, hören und sehen wollen. Wenn das Volk nämlich zu entscheiden hat, will jeder Einzelne vernünftig entscheiden. Er will sich also vorher mit der Sache auseinandersetzen,

ihr auf den Grund gehen, sie begreifen. Je näher die Abstimmung, desto kritischer die Fragen, desto intensiver das Ringen um differenzierte Antworten. Heute noch besteht die Energiedebatte weitgehend aus Schlagworten, aus – auf Einzelheiten fokussierten – Lösungsideen, aus publicityträchtigen Beispielsbenennungen und Ähnlichem mehr. Jedermann aus der Politik und Medienwelt hat nur eine Lösung, nämlich die Seine, und das Monopolisieren des eigenen Standpunktes bedeutet die gleichzeitige Verteufelung der Ideen anderer – kurz: Politik und Medien wecken heute vorab Emotionen, appellieren an Instinkte, manipulieren Gefühle.

Die Bevölkerung lässt sich dies gefallen, so lange sie noch nicht gefragt ist. Ist sie aber einmal zur Mitentscheidung aufgerufen, ändert sich die Haltung schlagartig. Man will wissen und nicht indoktriniert werden. Man will Zusammenhänge und nicht Bruchstücke. Man will Verantwortung übernehmen und nicht mehr nur den Schlagabtausch aufgeschreckter Demagogen konsumieren. Man will – auf den Punkt gebracht – Argumente statt Schlagworte, Vernunft statt Emotionen.

Weil dem so ist, bin ich optimistisch, dass die Abstimmung für die erste Rahmenbewilligung eines zeigen wird: In der Schweiz ist der politische Wille zum Bau von Kernkraftwerken nach wie vor – ja wieder vermehrt – vorhanden. Die Vernunft wird es sein, die eine Mehrheit wird erkennen lassen, dass Versorgungssicherheit und klimapolitische Rücksichtnahme einen Entscheid zugunsten der Kernkraft geradezu verlangen. Zu dieser Beurteilung wird das Wissen beitragen, dass – nebst der Wasserkraft – allein die Kernenergie nicht nur kostengünstig, sondern langfristig auch einigermaßen kalkulierbar ist. Beides ist vorab für die produzierenden Unternehmungen sowohl des Gewerbes wie der Industrie von entscheidender Bedeutung. Es wäre der Werkplatz Schweiz, der Opfer massiv höherer Energiepreise würde. Der Werkplatz aber ist es, der zu einem grossen Teil diejenigen niederschweligen Arbeitsplätze anbietet, welche wir in der Schweiz eben auch brauchen. Sonst zerbricht die bisherige Ausgewogenheit des Arbeitsplatzangebotes.

Zusammenfassend deshalb meine Schlussbeurteilung: Die Schweiz braucht die politische Diskussion auch über komplexe Fragen und hat schon mehrfach bewiesen, dass sie hierfür das richtige Augenmass besitzt. Dieses Augenmass wünsche ich mir auch für die zukünftige Debatte um die Kernkraft. Die Volksabstimmung darüber wird zeigen, ob der politische Wille vorhanden ist, in der Schweiz überhaupt noch Grosskraftwerke bauen zu können. Wird diese Frage bejaht, werden es Klima-, Versorgungs- und Wohlfahrtsüberlegungen sein, die darüber entscheiden, welcher Art solche Grosskraftwerke zu sein haben. Ich tippe auf die Kernkraft.